

## Fischer: Verbot von Minaretten nicht möglich

**Islam-Debatte** - Drei Tage nach der Volksabstimmung in der Schweiz, bei der fast 60 Prozent für ein Bauverbot für Minarette stimmten, hat sich Bundespräsident Heinz Fischer in der neu entflammten Islam-Debatte zu Wort gemeldet.

Er sei „stolz darauf, dass in Österreich im Rahmen der verfassungsrechtlich geschützten Glaubensfreiheit Gleichberechtigung zwischen den anerkannten Religionen“ bestehe, sagte Fischer anlässlich der Präsentation des Integrationsprojektes „projektXchange“ in Wien.

Dazu gehören neben den Katholiken und Protestanten in Österreich unter anderem auch Juden, Muslime und Zeugen Jehovas. Jede dieser Religionen habe das Recht, ihren Glauben im Rahmen der Gesetze frei auszuüben. Dazu zählt, laut Bundespräsident auch die Errichtung von Gebetshäusern – sofern diese den Bauvorschriften entsprechen.

**Verfassungswidrig** „Österreich ist ein Ort der Begegnung und nicht der Konfrontation“, sagte Fischer. „Ich werde mit allen meinen Möglichkeiten darauf achten, dass die österreichische Verfassung respektiert wird.“ Ein spezielles Bauverbot für Minarette – oder Kirchtürme – wäre jedenfalls verfassungswidrig, meint Fischer. „Noch wichtiger ist es aber, dass wir uns im Sinne von Kardinal König mit großer Ernsthaftigkeit um einen permanenten Dialog zwischen den Religionsgemeinschaften bemühen.“

 **INTERNET**  
www.hofburg.at

Zählt als: 5 Ausschnitte, erschienen in:  
Burgenland, Erste Ausgabe, Niederösterreich, Österreich, Tirol, Wien